

Klimakrise versus Coronakrise – sind Freiheitsbeschränkungen auch zum Verhindern der Klimakrise ein angemessenes Mittel staatlichen Handelns?

Was hat Corona, was die Klimakrise nicht hat? Der Appell an Vernunft, Gemeinsinn und Solidarität funktioniert bei Corona – warum beim Klima nicht?

Die Auswirkungen des COVID-19-Problems sind schlimm: Seit Beginn der Pandemie bis heute sind in Deutschland knapp 77.000 Menschen gestorben, weltweit über 2,8 Millionen, und ein Ende ist bislang nicht absehbar. Der Klimawandel auf der anderen Seite bedroht dagegen die gesamte Menschheit in ihrer Existenz!

Durch Corona wissen wir, dass der Staat durchaus fähig ist, zu reglementieren. Für das Klima kann man nur hoffen, dass er sich diese Handlungsstärke erhält und auch hier wichtige Maßnahmen im Kampf gegen eine weitere Erderwärmung konsequent verfolgt.

Wochenlange Ausgangssperren, geschlossene Schulen und eine aufs Nötigste heruntergefahrte Wirtschaftsaktivität werden von den Menschen bislang weitgehend akzeptiert, damit das Ansteckungsrisiko reduziert und das Überleben möglichst vieler Covid-19-Patienten gesichert werden kann. Der Staat reagiert hier mit beispielloser Konsequenz. Über die Verhältnismäßigkeit dieser Verbote wird kaum noch diskutiert. Sie werden einfach von der Politik in Kraft gesetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel warb in Ihren Regierungserklärungen vehement für die Unterstützung der einschneidenden Maßnahmen. In Ihrer Argumentation stellte sie diese als gerechtfertigt, verhältnismäßig und angemessen hin. In seinem Essay über die Freiheitseinschränkungen in der Pandemie stellte der Autor Ludger Jansen dar, wie die Bundeskanzlerin dies vor der Öffentlichkeit rechtfertigte: Die Maßnahmen sind erstens geeignet, da sie helfen, das Ziel der Pandemieeindämmung zu verwirklichen. Sie sind zweitens erforderlich, da ohne sie eben diese angestrebten Ziele nicht zu erreichen sein würden. Und sie sind drittens angemessen, da die negativen Folgen der Maßnahmen vertretbar im Verhältnis zum angestrebten Ziel der Verhinderung einer großen Katastrophe stehen würden.

Um dies zu beurteilen, ist möglicherweise erst ein späterer Rückblick auf die Geschehnisse und deren Folgen erhellend, wenn die Pandemie überwunden ist. Zwar konnten schon Erfolge beim Rückgang von Infektionszahlen nach den Maßnahmen in der ersten Welle beobachtet werden, aber wir können die Wirksamkeit der Maßnahmen nach dieser kurzen Beobachtungszeit noch nicht genau beurteilen. Es ist heute noch spekulativ, welche Einzelmaßnahmen die wirksamsten Erfolge zu verzeichnen hatten. Staatliche Maßnahmen müssen sofort in der Abwägung zwischen Nachteil und Nutzen getroffen werden. Eine Bewertung über deren Richtigkeit ist erst viel später möglich.

Im Vergleich zu den beeindruckend radikalen staatlichen Reglementierungen in der Pandemie sind die in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen zur Abschwächung der Folgen des Klimawandels eher bescheiden. Und das, obwohl eine ungebremste

Erderwärmung viel mehr vorzeitige Todesfälle und ungleich höhere Kosten verursachen wird, wie Studien prognostizieren. Würde man auch hier die gleichen Maßstäbe der Verhältnismäßigkeit anlegen – wir würden uns alle aufs Äußerste erschrecken! Welche Gewohnheiten dürften wir noch beibehalten? Bis zu welcher Konsequenz wäre die Menschheit bereit, auch hier mitzugehen? Wie gut müssten die Argumente der Politiker sein, um vergleichbare Einschnitte, zum Beispiel für die Weltwirtschaft juristisch durchzusetzen?

Können Maßnahmen, die zur Pandemiebekämpfung ergriffen wurden, ebenfalls Einfluss auf das Klima haben?

Im letzten Sommer konnte ich Venedig besuchen. Es war unglaublich, zu sehen, wie klar das Wasser in den Kanälen schon nach so kurzer Zeit der Ruhe durch den Lockdown war. Auch bei uns gab es verwaiste Straßen, geparkte Flugzeuge und gedrosselte Kraftwerke. Der Flugverkehr und die Industrie kamen fast zum Erliegen. Optimistisch könnte man deshalb sagen, dass Corona auch gute Seiten hat: Die Luft in den Städten wurde sauberer und man hörte wieder mehr die Vögel, als den Fluglärm. Es gab aktuellen Studien zufolge die stärkste Reduktion an Treibhausgasen in der Geschichte der Menschheit. Was wäre jetzt plötzlich alles möglich? Wenn jetzt noch ein Gutachten aus dem Robert-Koch-Institut zu dem Schluss käme, dass Tempo 100 auf Autobahnen die Ausbreitung des Virus verlangsamen könnte: Das Limit könnte über Nacht in Kraft treten und alle würden sich daran halten!

Ist dies schon ein Hoffnungsschimmer für das Klima? Leider noch nicht, denn nicht einmal diese auf der ganzen Welt erzwungene Reduzierung würde ausreichen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Und sobald die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt, werden die Emissionen wieder steigen.

"Nach der Krise sind diese Emissionen wieder da", so der Präsident des Umweltbundesamtes, Dirk Messner. Ähnlich hatte sich zuvor ein Experte seiner Behörde geäußert: „Und wenn man sich die Wirtschaftskrisen ansieht, dann kam es nach den Einbrüchen mit niedrigen Emissionen danach zu einem noch stärkeren Anziehen der Konjunktur und höheren Emissionen." Der Konsum werde oft nachgeholt.

Die Weltwetterorganisation (WMO) hat die Hoffnungen auf eine Verschnaufpause für das Klima ebenfalls gedämpft. Für eine Abwendung des Klimawandels müssen noch viel größere Anstrengungen unternommen werden.

Die staatlichen Eingriffe haben jetzt schon auch negative Auswirkungen, und das nicht nur auf die sichtbare Belastung der Wirtschaft, der Finanzen, der Bildung und der Kultur. So wurde zum Beispiel zwar der Gewerbeabfall weniger, dafür gibt es eine starke Zunahme von Plastikabfällen und Verpackungsmüll. Auch die private Mobilität hat sich nicht zum Besten geändert. Das eigene Fahrzeug bekam wieder eine höhere Bedeutung, wodurch der eigentlich richtige und wichtige öffentliche Personennahverkehr einbrach. An diesen Beispielen kann man sehen, wie Maßnahmen, die der Staat trifft, immer in Relation zum Ergebnis, für das sie gedacht waren und zu Folgen und weiteren Wechselwirkungen, die sie auslösen, betrachtet werden müssen.

Durch das Verbot des gewerblichen Einzelhandels förderte der Staat indirekt den Online- und Versandhandel, obwohl dieser immer wieder in der Kritik steht - nicht zuletzt wegen hohem CO₂-Ausstoß, schlechter Arbeitsbedingungen, häufiger Retouren, Vernichtung von Rücksendungen und zusätzlichem Verpackungsmüll.

Aus der Pandemie kann man durchaus viel über den Umgang mit der Klimakrise lernen, so sind die beiden Philosophen und Ethiker Lukas Meyer und Marcelo de Araujo überzeugt.

Immerhin habe sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass man mit einigen Umstellungen auch weniger emissionsintensiv ganz gut leben kann – Stichwort Homeoffice oder Einschränkung von Autofahrten und Flugreisen. „Es wäre aber naiv zu glauben, dass wir die Pariser Klimaziele dadurch erreichen können“, dämpft Meyer allzu großen Optimismus. Allein mit Selbstverpflichtungen und sozialem Druck die Emissionen bis 2050 auf nahezu null zu drücken, sei unrealistisch.

Wir sollten jetzt die Politik zu einschneidenden strukturellen Maßnahmen drängen, indem die Bevölkerung deutliche Zeichen setzt, dass sie für Änderungen bereit ist, wie sie auch bereit ist, Corona-Maßnahmen zu ertragen. Dies hat die Fridays-for Future-Bewegung auch schon vor Corona getan.

Einen zentralen Grund für die Ungleichbehandlung der beiden Krisen sehen die beiden Ethiker und Philosophen Meyer und de Araujo im unterschiedlichen Ausmaß an internationaler Kooperation, das zur Problemlösung nötig ist. „Die Maßnahmen gegen Covid-19 sind zeitlich begrenzt und gehen von den einzelnen Nationalstaaten zum Schutz vor allem der eigenen Bevölkerung aus“, sagt Meyer. Politiker würden es wagen, radikale Einschränkungen des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu verordnen, da sie von der Bevölkerung danach beurteilt werden, wie gut sie ihr Land durch die Krise bringen.

Vergleichbar drastische und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz würden die Chancen auf eine Wiederwahl dagegen reduzieren. Denn "die Mehrheit der Wähler müsste die Kosten dieser Transformationspolitik tragen, ohne davon spürbar zu profitieren", sagt der Klimaethiker. „Und die Jungen, deren künftiges Leben sich dadurch verbessern würde, sind gerade in den Ländern mit den höchsten Emissionen in der Minderheit.“

Für den schwedischen Humanökologen Andreas Malm ist die Coronapandemie kein zufälliges Ereignis, sondern ebenso menschengemacht wie die Klimakrise. Pandemien würden, wie auch andere Wissenschaftler prognostizieren, immer häufiger auftreten. Diese Zunahme von Pandemien und die Klimakrise haben laut Malm im Kern gemeinsame Ursachen: Das ungebremste Eingreifen des globalen Kapitalismus in natürliche Ökosysteme. Der Raubbau am Wald fördert Verbreitung von Krankheiten. Dadurch erhöhe sich der Kontakt zwischen Menschen und tierischen Krankheitserregern. Über globale Warenströme haben es diese leicht, sich in kürzester Zeit rund um die Welt auszubreiten. Als Hauptursache für die Zunahme von Pandemien sieht Malm aber ein Phänomen, das auch eine wesentliche Ursache für den menschengemachten Klimawandel ist: „Es ist diese extrem schnelle Abholzung der Tropen, die die Wissenschaft als die Hauptursache für die Zunahme ansteckender Krankheiten ansieht.“

Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die Lockdowns und Freiheitseinschränkungen in zahlreichen Ländern, bekämpfen in Malms Augen aber gerade nicht die Triebkräfte der Corona- und Klimakrise, sondern nur ihre Symptome: „Mein Argument ist: Wenn wir uns nie um die Ursachen der Pandemien und der Klimakatastrophen kümmern, dann werden wir in eine Krise nach der anderen geraten. Es sei denn, die Staaten wenden ihre Maßnahmen endlich auf die Verursacher selbst an. Und damit meine ich nicht solche repressiven Maßnahmen wie im Lockdown. Aber das heißt schon, dass wir die Produktions- und Konsumformen, die diese Krisen verursacht haben, regulieren müssen.“

Corona zeigt: Regulierung kann populär sein. Malms Ansicht ist: lieber dauerhaft eine gezielte Regulierung als regelmäßige Lockdowns und dramatische Effekte einer sich weiter verschärfenden Klimakrise. Dass solche Eingriffe in die Wirtschaft durchaus akzeptiert werden könnten, das habe doch gerade die aktuelle Pandemie gezeigt: „Staatliche Eingriffe in Märkte gehen nicht notwendig mit einem Verlust an Zustimmung einher. Im Gegenteil, es kann genau andersherum sein: Die Leute sind zu Einschränkungen bereit, wenn die Politiker ihnen überzeugend vermitteln, dass es sich um einen Notfall handelt.“

In einem Interview zum Thema Corona-Virus sagte der Philosoph Richard David Precht kürzlich, die Leute hätten mehr Angst um ihr Leben, als um das Überleben der Menschheit. Corona hat in der Wahrnehmung als Bedrohung eben eine vollkommen andere Qualität als die Klimakrise. Die Virus-Gefahr ist akut und unmittelbar (jeder könnte sich jederzeit anstecken) – und ihre Konsequenzen sind innerhalb von Wochen potenziell tödlich. Und zwar nicht für irgendwelche Inselbewohner im Pazifik – sondern für jeden von uns und seine Angehörigen hier in Deutschland. Zudem wird es zwar viele, aber nicht jeden treffen – und vorübergehen.

Genau diese Dinge fehlen der Klimakrise, um als das wahrgenommen zu werden, was sie ist: als Bedrohung für die menschliche Existenz.

Von der Politik wären einschneidende Regulierungsmaßnahmen, für die Verhinderung der Klimakrise jetzt sehr wichtig, da noch mehr Menschenleben durch Klimawandel und Naturkatastrophen bedroht sind, als durch eine Pandemie. Verhältnismäßig wären sie also wohl schon. Maßnahmen mit so drastischen Folgen und Einschränkungen sind aber wahrscheinlich nur schwer umsetzbar, da das Bewusstsein für diese zukünftige Gefahr beim Einzelnen wie auch bei der Menschheit insgesamt noch fehlt. Es überwiegt die Verdrängung des Problems und das Unvermögen, die negativen Wirkungen von Maßnahmen, die man für angemessen, geeignet und erforderlich erachten würde, vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Vielleicht sollten wir alle trotzdem versuchen, einen persönlichen Beitrag zu leisten und genau so brav Emissionen reduzieren, wie derzeit unsere sozialen Kontakte. Dann gäbe es möglicherweise trotzdem noch eine Hoffnung für das Klima.

Berlin, 16.04.2021